

## **A1** Und auch 2020: Der Markt regelt einen Scheiß!

Antragsteller\*in: Landesvorstand Jusos Thüringen  
Tagesordnungspunkt: Antragsberatung LaKo

### Antragstext

1 Nach einer verlorenen Landtagswahl haben wir als Jusos uns innerhalb der SPD für  
2 eine R2G-Minderheitsregierung eingesetzt, weil wir der Überzeugung waren, dass  
3 es nach einem Wahlergebnis ohne klare Mehrheitsoption und einer so erstarkten  
4 AfD eine Regierung braucht, die gerade im Jahr 2020 und die nächsten fünf Jahre  
5 eine sozial-ökologische Transformation gestalten muss. Bekanntlich kam es am 5.  
6 Februar im Thüringer Landtag mit der Wahl Kemmerichs als Ministerpräsidenten  
7 durch CDU, FDP und AfD zum Dammbbruch und zu einer Regierungskrise. Erst nachdem  
8 der Druck auf der Straße zu groß wurde, hat Kemmerich sich in einem Zickzack-  
9 Kurs zurückgezogen. Von da an war es klar: Wir werden trotz der Wiederwahl Bodo  
10 Ramelows zum Ministerpräsidenten nicht zur Tagesordnung übergehen.

11 Wir Jusos haben uns innerhalb der SPD eingesetzt, dass unverzügliche Neuwahlen  
12 anberaumt werden müssen. Ein entsprechender Landesvorstandsbeschluss der SPD ist  
13 auch ein Erfolg unseres Jugendverbandes und der Demonstrant\*innen. Gegen alle  
14 Parteien konnte sich die SPD am Ende nicht durchsetzen. Alleine die Debatte um  
15 eine Verschiebung der im Stabilitätsmechanismus vereinbarten Neuwahlen im April  
16 2021 zeugt davon, wie wichtig es ist, eine klare Position zu beziehen: Die  
17 Wahlen müssen im Frühjahr 2021 stattfinden!

18 Die Partei, die im Wahlkampf behauptet hatte, aus der Geschichte gelernt zu  
19 haben, hat der Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Bis heute warten wir auf  
20 die Aufarbeitung dieser Vorfälle durch die FDP. Dass Kemmerich wieder als  
21 Spitzenkandidat antreten will, zeugt hingegen davon, dass die FDP nichts daraus  
22 gelernt hat. Auch die Union hat den Vorfall nicht aufgearbeitet. Eine  
23 öffentliche Entschuldigung gab es nicht und der ehemalige Ortsbeauftragte  
24 Christian Hirte, welcher Kemmerich noch zur Wahl gratulierte, ist plötzlich  
25 designierter Parteivorsitzender. Bei der Frage um die Aufnahme der Geflüchteten  
26 zeigt sich zudem, wie wenig christlich die Union ist. Statt dem  
27 Landesaufnahmeprogramm zuzustimmen, wird dagegen Stimmung gemacht. Als Moria  
28 brannte, haben Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete vor der Aufnahme von  
29 Geflüchteten gewarnt. Mit dieser CDU und mit dieser FDP ist keine Politik zu  
30 machen.

31 Wir kämpfen für ein rot-rot-grünes Bündnis mit einer starken SPD. Nur mit einer  
32 starken Sozialdemokratie wird es möglich sein, die Errungenschaften der Politik  
33 für die Vielen und nicht für die Wenigen zu sichern und auszubauen. Das Bündnis  
34 steht klar gegen Rassismus und Antisemitismus. Es ist insbesondere in Zeiten des  
35 Rechtsrucks eimmens wichtig, an der Seite der antifaschistischen Initiativen vor  
36 Ort zu stehen. Gleichzeitig müssen wir konsequenten Antifaschismus leben. Die  
37 drohenden Standortschließungen von Automobilzulieferern in Thüringen machen  
38 deutlich, wie wichtig eine sozial-ökologische Transformation ist. Wir glauben,

39 dass der Staat seiner Rolle gerecht werden muss und dass wir keine Probleme dem  
40 Markt überlassen können. Für uns regelt der Markt einen Scheiß: Die  
41 Sozialdemokratie ist gefragt, eine echte sozial-ökologische Transformation zu  
42 gestalten. Schluss mit leeren Worthülsen. Wir müssen endlich eine klare sozial-  
43 ökologische Vision schaffen und nachhaltig vertreten. Hier darf der  
44 Nachhaltigkeitsaspekt in allen Lebensbereichen nicht auf Kosten der sozialen  
45 Gerechtigkeit gehen - wir müssen einen funktionierenden sozialen Ausgleich  
46 schaffen. Sei es die Abschaffung der Massentierhaltung hin zu einer gut  
47 regulierten sozial-ökologischen Landwirtschaft mit fairen Löhnen - ohne eine  
48 "Fleischsteuer" einzuführen, die letztlich nur die Geringverdiener:innen in  
49 ihrem Konsumverhalten einschränkt. In diesem Sinne brauchen wir eine umfassende  
50 Transformation unserer Wirtschaft, die sich von einer schnelllebigen Industrie  
51 hin zu einer in sich zirkulierenden Kreislaufwirtschaft entwickelt. Wir müssen  
52 dafür sorgen, dass es genügend Weiterqualifizierungsangebote und gleichzeitig  
53 ausreichend Investitionen in Forschung und Entwicklung gibt, um die  
54 Transformation zu ermöglichen. Unser Verständnis von Leben und Wirtschaften ist  
55 nicht der Kapitalismus. Darum lautet unsere Maxime: Die Sozialdemokratie muss  
56 für die Überwindung des kapitalistischen Systems eintreten, denn der Markt  
57 regelt einen Scheiß.

58 Die Sozialdemokratie muss für ein Gesundheitssystem ohne Profitinteresse  
59 kämpfen, denn der Markt regelt einen Scheiß. Die Corona-Pandemie und die  
60 politischen Antworten haben uns viel deutlicher gemacht, wie unser Wirtschaften  
61 und Leben funktioniert. Für uns ist es nicht überraschend, dass der Markt  
62 versagt hat. Alleine das stärker im Fokus stehende Gesundheitssystem  
63 veranschaulicht, dass es schon lange an der Zeit ist, den Kapitalismus zu  
64 überwinden. Anstelle einer klaren Lohndebatte für Pfleger:innen blieb es  
65 größtenteils doch beim Klatschen. Der einmalige Pflegebonus ist ein falscher  
66 Kompromiss. Echte Anerkennung und ein echtes Danke würde bedeuten, dass wir  
67 endlich die Systemfrage stellen. Wir fordern, dass Krankenhäuser mit Hilfe des  
68 Landes kommunalisiert oder in Trägerschaft des Landes überführt werden. Das DRG-  
69 System ist ungerecht: Hier braucht es eine echte Reform, die die neoliberale  
70 Logiken nicht fördert, sondern verhindert. Dafür muss sich Thüringen mit einer  
71 Bundesratsinitiative einsetzen. Wir fordern, dass im gesamten Gesundheitssystem  
72 endlich mehr Personal zur Verfügung steht. Ob im Krankenhaus oder in der  
73 Altenpflege: Es muss Schluss sein mit Personalkürzungen!

74 Die Sozialdemokratie muss für eine echte Daseinsvorsorge kämpfen, denn der Markt  
75 regelt einen Scheiß. Viel zu lange haben der Nahverkehr, der Breitbandanschluss  
76 oder sogar der Bargeldautomat am Tropf der Betriebswirtschaftslehre gehangen.  
77 Der ländliche Raum war und ist am Ende der Verlierer. Wir müssen deshalb dafür  
78 sorgen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge für die Menschen und nicht für den  
79 Markt da ist. Darum ist für uns klar, dass die Daseinsvorsorge in öffentliche  
80 Hand gehört und für alle frei zugänglich und flächendeckend garantiert werden  
81 muss. Für uns bedeutet die Stärkung der Daseinsvorsorge ist die Schaffung von  
82 ausreichend Wohnraum mit Sozialpreisbindung. Gleichzeitig muss den Spekulationen  
83 mit Immobilien ein Ende gesetzt werden. Denn Wohnen ist Menschenrecht!

84 Die Sozialdemokratie muss für gute Arbeit sorgen, denn der Markt regelt einen  
85 Scheiß. Im Zuge der Debatte um neue Arbeitszeitmodelle stehen wir fest an der  
86 Seite der Gewerkschaften und streiten mit ihnen gemeinsam für die 4-Tage-Woche.  
87 Die Zunahme der Produktivität seit der Einführung der 40-Stunden-Woche ist  
88 immens. Sie ging aber nie mit einer weiteren Arbeitszeitreduzierung einher.

89 **Damit muss jetzt Schluss sein. Wir wollen ein Recht auf Homeoffice, das sich an**  
90 **den Arbeitnehmer\*innenrechten orientiert. Bei den anstehenden Tarifverhandlungen**  
91 **im Öffentlichen Dienst muss zudem klar sein, dass eine Anpassung der**  
92 **Arbeitsbedingungen in Ost – an Westdeutschland schon lange überfällig ist. Gute**  
93 **Arbeit beginnt nicht nur mit der 4-Tage-Woche, sondern muss im Sinne einer**  
94 **Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro weiter gedacht werden. Gute**  
95 **Arbeit verdient einen gerechten und fairen Lohn für den wir an den Seiten der**  
96 **Gewerkschaften streiten. Bei den Lockerungsmaßnahmen nach dem Shutdown konnten**  
97 **wir erleben, dass die Bundesländer eher Profit und weniger die Menschen in den**  
98 **Vordergrund stellen. So mussten Eltern ohne Betreuungsmöglichkeiten für die**  
99 **Kinder zur Arbeit. Während der Flug nach Mallorca wieder möglich war, wussten**  
100 **die Eltern nicht, wie sie ohne Betreuung ihrer Kinder arbeiten gehen können.**  
101 **Corona hat nochmal deutlich gezeigt, wie wichtig erzieherische Berufe sind. Wir**  
102 **stehen an der Seite der Beschäftigten in den Kindergärten und fordern, den**  
103 **Personalschlüssel bei U3 auf 1:5 und bei Ü3 auf 1:7,5 zu erhöhen. Für uns war**  
104 **zudem auch vor Corona klar: Die Bildung und damit auch die Kindergarten muss**  
105 **gebührenfrei sein!**

106 **Die Sozialdemokratie muss für eine echte Umverteilung kämpfen, denn der Markt**  
107 **regelt einen Scheiß. Trotz des massiven Wirtschaftswachstums in der letzten**  
108 **Dekade ist der Gini-Koeffizient in Deutschland unverändert. Die Schere zwischen**  
109 **Arm und Reich öffnet sich weiter. Für den Reichtum ist im Gegensatz zu anderen**  
110 **Ländern in Deutschland vor allem das Erben verantwortlich. Dabei wollen wir**  
111 **nicht die ostdeutsche Perspektive vernachlässigen. Neben den Lohnunterschieden**  
112 **sind auch große Eigentumsunterschiede deutlich in Statistiken ablesbar. Deshalb**  
113 **drängen wir darauf, endlich eine höhere Erbschaftssteuer und eine**  
114 **verfassungskonforme Vermögenssteuer zu erheben. Wir schauen aber auch über die**  
115 **Grenzen des Landes hinaus. Wir brauchen eine europäische**  
116 **Umverteilungsperspektive mit sozialen Steuersystem. Deshalb ist auch**  
117 **Finanztransaktionssteuer als europäische Steuer unerlässlich.**

118 **Der Markt regelt einen Scheiß: Die Sozialdemokratie muss die digitale Zukunft im**  
119 **Privat- sowie im Arbeitsleben voranbringen und für richtungsweisende Ideen**  
120 **einstehen. Die digitale Entwicklung, die durch die Corona-Pandemie deutlich**  
121 **beschleunigt wurde, hat einen weitreichenden Einzug in das Arbeitsleben vieler**  
122 **Arbeitnehmer:innen gefunden. Für diese Entwicklung muss es einen erheblichen**  
123 **Schutz der Arbeitnehmer:innen innerhalb der digitalen Arbeitswelt geben. Das**  
124 **digitale Arbeiten ist vom Privatleben stark abzugrenzen, um Arbeitnehmer:innen**  
125 **nicht einer andauernden Belastung auszusetzen. Wir werden uns als Jusos deshalb**  
126 **im Gesetzesprozess zum Recht auf Homeoffice gemeinsam mit den Gewerkschaften für**  
127 **die Arbeitnehmer:innen stark machen.**

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich.